

Bewertung des Koalitionsvertrages von Union und SPD für die Jahre 2018-2021 aus Sicht des KORSO

Der vorliegende Entwurf ist aus Sicht des Koordinierungsrates säkularer Organisationen (KORSO) höchst ambivalent zu bewerten: Einerseits wird erneut die offenkundige Ideen- und Konzeptlosigkeit der größeren Parteien gegenüber dem konfessionsfreien Teil der Bevölkerung fortgeschrieben, andererseits finden sich bei genauer Lektüre an einigen wenigen Stellen Formulierungen, auf die sich Säkulare gezielt berufen können.

So werden neben Kirchen und Religionsgemeinschaften ausdrücklich auch Weltanschauungsgemeinschaften als identitäts- und wertestiftend genannt. Das schließt nichtreligiöse Identitäten ein – im Grunde eine Selbstverständlichkeit. Konkret heißt es dazu: „Wir wollen den Dialog und die Zusammenarbeit des Staates mit den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften verstärken.“ Und an anderer Stelle wird Kultur als „Spiegel unseres Selbstverständnisses“ bezeichnet, das neben der unvermeidlichen „christlich-jüdischen Prägung“ auch auf „der Aufklärung und dem Humanismus“ beruht. Welcher Säkulare wollte dem widersprechen.

Der KORSO-Vorsitzende Helmut Fink sagte dazu: „Diese Sätze lassen sich hören. Wir nehmen sie zu gegebener Zeit gerne beim Wort. Aber aus dem Vertragstext als ganzem spricht dennoch eine proreligiöse Befindlichkeit, die zunehmend unzeitgemäß wird. Man merkt, dass die Spitzenpolitiker uns Säkulare nicht so richtig auf dem Schirm haben.“

Viele klassische Forderungen der organisierten Säkularen spielen im jetzigen Vertragstext überhaupt keine Rolle: So wird weder das Verfassungsgebot zur Ablösung der historischen Staatsleistungen, das 2019 seit einem Jahrhundert besteht und damit selbst schon historisch ist, noch die Frage des staatlichen Kirchensteuereinzugs oder des kirchlichen Arbeitsrechts angesprochen. Auch die Sichtbarkeit staatlicher Säkularität durch Entfernen religiöser Symbole und symbolhafter Formulierungen, etwa in Verfassungspräambeln und Schulgesetzen, ist im Koalitionsvertrag erwartungsgemäß kein Thema.

Integrativer Ethikunterricht, religionsfreie Fest- und Feierkultur oder auch die Medienpräsenz der Säkularen ist den Wunschkoalitionären keine Zeile wert, von einer Abschaffung der Strafrechtsparagrafen 166 oder 217 ganz zu schweigen. Der KORSO-Vorsitzende Helmut Fink meinte mit Blick auf den Vertragstext: „Wer damit zufrieden ist, hat die spezifischen Interessen der Konfessionsfreien nicht verstanden.“

Es gehört zu den Aufgaben des KORSO, die gemeinsamen Ziele seiner Mitgliedsorganisationen an die Politik heranzutragen. Hierbei besteht noch ein großer und grundlegender Bedarf, der sich keineswegs nur auf künftige Regierungsparteien beschränkt. „Ich bin grundsätzlich bereit, mit allen im Bundestag vertretenen Parteien Hintergrund- und Lobbygespräche zu führen, um die volle Gleichbehandlung der Nichtreligiösen mit den Religiösen in unserem gemeinsamen säkularen Staat voranzubringen“, so Fink. Er fügte hinzu: „Aber jetzt warten wir erst einmal ab, ob auf dieser Basis wirklich eine neue Bundesregierung zustande kommt. Das liegt jetzt in der Hand eines guten halben Prozents der Bevölkerung.“

Koordinierungsrat säkularer Organisationen e.V., Wallstraße 61-65, 10179 Berlin

Steuer-Nr. 27/670/60752; VR-Nr. 29763 B (Amtsgericht Charlottenburg)

Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE94 1002 0500 0001 3424 00, BIC: BFSWDE33BER

Der KORSO e.V. ist vom Finanzamt Berlin für Körperschaften I, Steuernummer 27/670/60752 als gemeinnützig anerkannt.

Spenden sind steuerlich abzugsfähig